

Überfordert oder ignorant? (Nr. 73)

Der Erhalt unserer Umwelt für unsere Nachkommen ist ein hohes Gut in unserer Gesellschaft. Jeder sieht inzwischen ein, dass wir nicht an dem Ast sägen dürfen auf dem wir sitzen. Und doch wird in unserer Gemeinde

gesägt, was das Zeug hält. Lieber einen Baum mehr weg, als einen weniger. Bäume und Wälder schützen ja, aber auf meinem Grundstück brauche ich „Baufreiheit“. Luftbilder aus verschiedenen Zeiten belegen diesen Kahlschlag. 2014 haben die Gemeindevertreter nach langer und teilweise kontroverser Diskussion eine eigene Baumschutzsatzung für unsere Gemeinde erlassen. Diese hat gerade die Probezeit absolviert und gilt nun dauerhaft. Wie der Name es schon erahnen lässt, dient sie dem Schutz der Bäume auf Baugrundstücken der Gemeinde. In ihr ist festgelegt, welche Baumarten und Baumgrößen in welchen Gemeindegebieten wie geschützt sind. Zur Durchsetzung dieser Satzung gibt es einen Beauftragten in der Gemeindeverwaltung. Wenn man also Fragen zur Baumschutzsatzung hat oder man bemerkt wilden Kahlschlag, kann man sich an diesen Beauftragten wenden. Es ist seine Aufgabe zeitnah zu reagieren und den interessierten Bürger zur Sachlage so oder so zu informieren. Soweit die Theorie zu den Verwaltungsabläufen.

Aktuell sieht es allerdings oft anders aus. Man fragt sich warum? In der Stolzenhagener Straße am See soll gebaut werden oder wird es inzwischen auch. Einer Mitbürgerin fällt auf, dass satzungsmäßig schützenswerte Bäume gefällt wurden. Sie meldete dies bei besagtem Beauftragtem und unterlegte dies mit Bildern. Dabei stellte sie fest, dass kein Hinweis auf eine genehmigte Baudurchführung erkennbar sei. Am Grundstück war weder ein Schild für die Baumfällungen noch für die Baugenehmigung zu sehen. Andere Mitbürger kamen zu dem gleichen Ergebnis und wandten sich ebenfalls an die Gemeindeverwaltung. Die Reaktionen des Baumschutzbeauftragten führten jedoch nicht dazu, Licht in die Sache zu bringen. Seine Äußerung „Lesen sie erst einmal die Baumschutzsatzung ...“ trug nicht dazu bei, das Engagement der Bürger zu fördern. Sie hatten eher das Gefühl, dass der viel beschäftigte Mann sich die Personen vom Hals schaffen wollte. Auch das Bauamt teilte mit, dass man erst mal prüfen müsse, ob ein Bauantrag vorliege. Es könne ja auch sein, dass es sich um eine Waldumwandlung handele, dann wäre die Gemeinde nicht zuständig. Die besorgten Bürger haben kaum die Möglichkeiten, den Sachverhalt zu prüfen. Für die Verwaltung wäre das aber ein Klacks. Niemand erwartet, dass man in allen Einzelheiten das Ergebnis der Prüfung mitteilt. Für den Bürger ist aber wichtig, dass er ernst genommen wird, dass die Gemeinde mit ihm an einem Strang zieht. Dieses Gefühl wurde ihm nicht vermittelt. Er wurde lediglich verärgert. Bürgernähe und Transparenz sehen anders aus.

Wolfgang Kirschner